

Schweizer Sicherheit zwischen Neutralität und Gewohnheit

Die Schweiz versteht sich gern als Sonderfall. Neutralität, Milizarmee und direkte Demokratie gelten als tragende Pfeiler ihrer Sicherheit. Diese Besonderheiten haben das Land geprägt und lange getragen. Doch gerade weil sie so vertraut sind, werden sie selten hinterfragt. Sicherheit wird weitergedacht, als ob sich ihre Grundlagen nicht verändert hätten.

Neutralität war historisch ein Mittel zur Distanzierung von Grossmachtkonflikten. Heute ist sie politisch, wirtschaftlich und medial deutlich schwieriger aufrechtzuerhalten. Die Schweiz ist vernetzt, abhängig von internationalen Lieferketten und eingebunden in globale Regelwerke. Neutralität ist kein Schutzschild mehr, sondern eine Position, die ständig neu ausgehandelt wird. Wer sie nur beschwört, ohne ihre Grenzen zu benennen, entwertet sie.

Auch die Milizarmee ist kein statisches Modell. Sie beruht auf der Idee der Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung und auf der Verankerung des Militärs in der Gesellschaft. Doch diese Logik setzt voraus, dass die Art der Bedrohung mit den Fähigkeiten der Miliz noch übereinstimmt. Moderne Konflikte – Cyberangriffe, Drohnen, Sabotage, Desinformation – lassen sich nur begrenzt mit Strukturen beantworten, die auf Territorialverteidigung und Massenmobilisierung ausgerichtet sind. Die Miliz ist kein Garant für Sicherheit an sich. Sie ist ein Instrument, dessen Zweckmässigkeit überprüft werden muss.

Die direkte Demokratie schliesslich gilt als Korrektiv staatlicher Macht. In der Praxis greift sie in sicherheitspolitischen Fragen jedoch selten. Das Volk entscheidet punktuell an der Urne, während der Grossteil der sicherheitsrelevanten Weichenstellungen in Parlament und Verwaltung erfolgt. Geringe Wahlbeteiligung genügt zur formellen Legitimation, sicherheitspolitische Dringlichkeit reduziert Debattenräume. So entsteht eine paradoxe Situation: Ein Land mit ausgeprägter Mitbestimmung überlässt zentrale Fragen der Sicherheit einem weitgehend selbstreferenziellen politischen Betrieb.

In diesem Kontext gewinnt die Idee eines demokratisch definierten Verteidigungs-Minimums an Bedeutung. Die Schweizer Regierung räumt offen ein, dass die Landesverteidigung in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt wurde. Dies führt nun zu Forderungen nach Aufrüstung, etwa durch den Kauf von F-35-Kampfflugzeugen aus den USA, die Bedrohungen aus bis zu 400 Kilometern Entfernung erkennen und bekämpfen sollen. Als Bedrohungslage wird unter anderem ein potenzieller Angriff Russlands auf die neutrale Schweiz in den kommenden Jahren genannt. Doch wie soll ein solches Flugzeug eine Atommacht wie Russland abwehren – oder gar hypersonische Raketen wie die Oreshnik, die mit bis zu Mach 10 fliegen und Europa in Reichweite haben? Ist es nicht fragwürdig, Kriegstauglichkeit gegen mehrere Atommächte anzustreben, wenn konventionelle Rüstung gegen nukleare oder hybride Bedrohungen begrenzt wirkt? Solche Ansätze erscheinen als Fortsetzung alter Gewohnheiten, die Ressourcen binden, ohne echte Resilienz zu schaffen.

Ein Verteidigungs-Minimum bedeutet nicht, die Schweizer Traditionen infrage zu stellen. Es bedeutet, sie ernst zu nehmen. Es fragt nicht, wie viel Aufrüstung möglich ist, sondern was tatsächlich notwendig ist, um Bevölkerung, Territorium und kritische Infrastruktur zu schützen. Alles, was darüber hinausgeht, wird zur bewussten

politischen Entscheidung – nicht zur automatischen Reaktion auf wechselnde Bedrohungslagen.

Damit würde eine zentrale Schweizer Stärke reaktiviert: Begrenzung. Neutralität war nie grenzenlose Abstinenz, sondern eine bewusste Selbstbeschränkung. Die Milizarmee war nie auf maximale Schlagkraft ausgelegt, sondern auf defensive Zweckmässigkeit. Die direkte Demokratie lebt nicht von Geschwindigkeit, sondern von Abwägung.

Ein Verteidigungs-Minimum übersetzt diese Logik in die Gegenwart. Es unterbricht die Aufrüstungs-Automatik, ohne Sicherheitsängste zu ignorieren. Es zwingt dazu, alte und neue Bedrohungsszenarien regelmäßig zu überprüfen und Mittel dort einzusetzen, wo sie realen Schutz bieten – nicht dort, wo sie politisch vertraut erscheinen.

Diese Verantwortung liegt nicht primär bei den etablierten Institutionen, die oft an Routinen festhalten und sich selbst nur selten hinterfragen. Sie liegt vielmehr bei der Zivilgesellschaft: bei Bürgern, Gemeinden, lokalen Initiativen und engagierten Gruppen, die durch direkte Demokratie, transparente Debatten und digitale Werkzeuge den notwendigen Wandel von unten einleiten können – bevor er durch äussere Zwänge oder Eskalation erzwungen wird.

Sicherheit würde so weniger als militärische Stärke verstanden, sondern als Fähigkeit zur Stabilisierung: funktionierende Versorgung, robuste Infrastruktur, gesellschaftlicher Zusammenhalt und handlungsfähige Institutionen. Militärische Mittel bleiben Teil dieses Bildes, aber nicht sein Maßstab.

Oft heißt es: „Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin.“ Dieser Satz wird gern als naiv abgetan. Doch ebenso naiv ist die Annahme, man könne Sicherheit durch Gewohnheit bewahren. Konflikte verschwinden nicht, wenn man sie ignoriert. Wenn wir nichts tun, entscheiden Routinen für uns.

Ein Verteidigungs-Minimum ist kein Versprechen von Frieden. Es ist ein Ausdruck politischer Mündigkeit. Es sagt: Die Schweiz vertraut nicht blind auf ihre Vergangenheit – sie übernimmt Verantwortung für ihre Gegenwart.

Heinz Keller Dübendorf